

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen
am 13.02.2025

Tagungsort: Aula des Schulzentrums Heepen, Alter Postweg 37,
 33719 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 20:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Holm Sternbacher

Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Hans Altmüller

Frau Anja Bartsch

Herr Dr. Guido Elsner

(Fraktionsvorsitz)

Frau Elke Grünewald

Stellv. Bezirksbürgermeisterin

Herr Hartwig Horn

Herr Stephan Richter

SPD

Herr Hans-Werner Heißmann-Gladow

Frau Regina Klemme-Linnenbrügger

Frau Roswitha Lammel

Herr Selçuk Solmaz

(Fraktionsvorsitz)

Frau Jennifer Wittrowski

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Markus Kremmelbein

(Fraktionsvorsitz)

Frau Marianne Kreye

FDP

Herr Jürgen Hölker

Nicht anwesend:

Die Linke

Herr Reinhard Offelnotto

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben
Herr Robert Alich

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung
-/-

Verwaltung:

Herr Peters	Umweltamt	TOP 10
Herr Bittner	Bezirksamt Heepen	
Frau Nebel	Bezirksamt Heepen	Schriftführerin

Gäste:

Herr Mengedot	Stadtwerke Bielefeld GmbH	TOP 10
---------------	---------------------------	--------

Öffentliche Sitzung:

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er merkt an, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird wie folgt abgehandelt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

Zu Punkt 1.1 Mündliche Einwohnerfragen

Mündliche Einwohnerfragen wurden nicht vorgetragen.

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 1.1 *

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Antworten auf Einwohnerfragen aus den letzten Sitzungen

Zu Punkt 1.2.1 Antwort Geschwindigkeitsreduzierung Milser Straße

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die im System eingestellte Antwort der Verwaltung auf die Einwohnerfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung vom 09.01.2025.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 1.2.1 *

-.-.-

Zu Punkt 1.2.2 Antwort Pflanzinsel Memmertweg

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die im System eingestellte Antwort der Verwaltung auf die Einwohnerfrage aus der Sitzung der Bezirksvertretung vom 25.04.2024.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 1.2.2 *

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 09.01.2025

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 09.01.2025 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 2*-

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Zu Punkt 3.1

Bevölkerungsentwicklung im Stadtbezirk Heepen 1973 – 2024

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erläutert Herr Bittner, dass der Anstieg der Bevölkerungszahlen im statistischen Bezirk Oldentrup um rd. 450 Einwohner*innen im Zeitraum vom 31.12.2023 zum 31.12.2024 darin begründet sei, dass die Bewohner der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge am Niedernholz über die Anschrift der Einrichtung statt –wie in den Vorjahren- über die Zentrale Ausländerbehörde gemeldet seien.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 3.1 *

-.-.-

Zu Punkt 3.2

Umsetzung Nahverkehrsplan - Konsolidierungsmaßnahmen

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die im System eingestellte Information der Verwaltung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 3.2 *

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Einladung zur Vernissage „Uwe Gehrke – EINFACH MALEN“

Herr Bittner verweist auf die zu Sitzungsbeginn verteilte Einladung zur Vernissage „Uwe Gehrke – EINFACH MALEN“ am 12.03.2025 in der Alten Vogtei.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 3.3 *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Herforder Straße (Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.02.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9520/2020-2025

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Herforder Straße](#)

Eine Antwort liegt dazu noch nicht vor.

Herr Bittner berichtet, dass das Amt für Verkehr die Beantwortung der zweiten Frage, zum Stand der Planungen für den Ausbau der Herforder Straße, für die nächste Sitzung avisiert habe.

Die erste Frage, wie sich die Baustraße -bedingt durch den Ausbau der L712n- auf den Verkehr auf der Herforder Straße auswirke, sei von der Verwaltung zur Beantwortung an den Landesbetrieb Straßen.NRW weitergeleitet worden.

-vertagt-

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 4.1*

-.-.-

Zu Punkt 5 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 5.1 Sachstand E-Ladesäulen im Stadtbezirk Heepen (Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.12.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9295/2020-2025

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Sachstand E-Ladesäulen im Stadtbezirk Heepen](#)

Eine Antwort liegt dazu noch nicht vor.

-vertagt-

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 5.1*

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Kita Tieplatzschule
(Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.12.2024)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9297/2020-2025

Anmerkung:

Der Text der Anfrage kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Kita Tieplatzschule](#)

Eine Antwort liegt dazu noch nicht vor.

-vertagt-

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 5.2*

-.-.-

Zu Punkt 6

Anträge

Zu Punkt 6.1

Verbesserung der Verkehrssituation im Kreuzungsbereich
Dingerdisser Str. / Ostring
(Antrag der CDU-Fraktion vom 27.01.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9463/2020-2025

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Verbesserung der Verkehrssituation im Kreuzungsbereich Dingerdisser Str. / Ostring](#)

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) verweist auf die Begründung des Antrages und ergänzt, dass insbesondere durch das hohe LKW-Aufkommen größere Verkehrsstauungen entstehen und die Zufahrt zu den Gewerbegebieten zu bestimmten Zeiten stark eingeschränkt sei.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Verkehrssituation in der Dingerdisser Str. zwischen Niedernholz und Ostring zu überprüfen und Vorschläge zu erarbeiten, wie der Verkehrsfluss in diesem Bereich verbessert werden kann. Insbesondere soll sichergestellt werden, dass der Verkehr aus den angrenzenden Bereichen mit akzeptablen

Wartezeiten abfließen kann. Die Ergebnisse der Überprüfung und die Verbesserungsvorschläge sind zeitnah in der Bezirksvertretung vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 6.1 *

-.-.-

Zu Punkt 6.2

Dauerhafte Sicherung der Wege im Umfeld des Ölteichs (Antrag der CDU-Fraktion vom 27.01.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9464/2020-2025

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Dauerhafte Sicherung der Wege im Umfeld des Ölteichs](#)

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf die Begründung des Antrages und ergänzt, dass die Wegeverbindungen immer wieder durch Regenereignisse ausgewaschen würden, so dass sich tiefe Rinnen bildeten. Seine Fraktion bitte daher zu prüfen, wie die Begehbarkeit der Wege nachhaltige sichergestellt werden könne.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie der zuletzt vor Weihnachten 2024 hergestellte korrekte Zustand der Wege dauerhaft erhalten werden kann.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 6.2 *

-.-.-

Zu Punkt 6.3

Weiterentwicklung des Bebauungsplans Nr. III/Br41 "Wohngebiet Brake-West" (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen vom 30.01.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9486/2020-2025

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Weiterentwicklung des Bebauungsplans Nr. III/Br41 "Wohngebiet Brake-West"](#)

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) verweist auf die Beratung des o.g. Bebauungsplans im Rahmen der Arbeitskreissitzung der

Bezirksvertretung am 28.01.2025. In diesem Antrag würden die der Bezirksvertretung wichtigen Eckpunkte bei der weiteren Planung des Baugebietes zusammengefasst.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) ergänzt, seine Fraktion betrachte das Quartier als sehr zukunftsorientiert. Er bittet um Beachtung der in dem Antrag benannten Aspekte.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bepflanzung entlang der neuen Trasse der Grafenheider Straße nicht gemäß des Bebauungsplans Nr. III/Br 37 „Grafenheider Straße – West“ umzusetzen, sondern im Rahmen des neuen Bebauungsplans Nr. III/Br 41 „Wohngebiet Brake-West“ zu regeln. Durch diese Planung des Bereichs südlich der Trasse der Grafenheider Straße soll sichergestellt werden, dass ...

- ... eine naturnahe Entwässerungslösung auf der Fläche südlich der Grafenheider Straße umgesetzt werden kann,
- ... die A+E-Maßnahmen für das neue Baugebiet in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet umgesetzt werden können,
- ... die geplanten Solaranlagen entlang der Trasse der Grafenheider Straße nicht durch die geplanten Bäume verschattet werden,
- ... entlang der Engerschen Straße bis zum Einmündungsbereich der Grafenheider Straße ein Fahrradweg planerisch umgesetzt werden kann.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 6.3 *

-.-.-

Zu Punkt 6.4

**Fuß-/Radweg Braker Straße zwischen Fehmarnstraße und
ehemaligem Wasserwerk
(Antrag der SPD-Fraktion vom 03.02.2025)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9505/2020-2025

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Fuß-/Radweg Braker Straße zwischen Fehmarnstraße und ehemaligem Wasserwerk](#)

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) führt aus, dass der Fuß-/Radweg zwischen der Fehmarnstraße und dem ehemaligen Wasserwerk inzwischen derart zugewachsen sei, dass dort ein Begegnungsverkehr zwischen Radfahrern nicht mehr möglich sei. Sofern zeitgleich Fußver-

kehr hinzukomme, könne dies zu gefährlichen Situationen führen. Deshalb bitte ihre Fraktion darum, den Fuß-/Radweg wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion die Situation vor Ort in gleicher Weise beurteile.

Aus seiner Sicht sei dies eine Frage der Wiederherstellung der Verkehrssicherheit und weniger eine Frage der Aufwertung des Weges. Insoweit sei hier eine Priorisierung der Maßnahme obsolet.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten den Fuß-/Radweg an der Braker Str. zwischen Fehmarnstraße und ehemaligem Wasserwerk wieder so herzurichten, dass Begegnungsverkehr zwischen Fahrrädern gefahrlos möglich ist.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 6.4 *

-.-.-

Zu Punkt 6.5

Beleuchtung Milser Straße / Brockeiche
(Antrag der SPD-Fraktion vom 03.02.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9509/2020-2025

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Beleuchtung Milser Straße / Brockeiche](#)

Herr Heißmann-Gladow (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die Begründung des Antrages und ergänzt, dass die Ausleuchtung im Kreuzungsbereich Milser Straße/Brockeiche aus der Sicht seiner Fraktion nicht ausreichend sei. Der Bereich werde vermehrt von älteren Menschen bzw. Personen mit Gehhilfen genutzt, die die Straße dort queren. Gerade in der dunklen Jahreszeit könne dies zu gefährlichen Situationen führen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) stimmt Herrn Heißmann-Gladow hinsichtlich dieser Bewertung zu. Der Bereich müsse im Sinne der Verkehrssicherheit betrachtet werden. Sollte hier jedoch eine investive Maßnahme notwendig sein, die über die Verkehrssicherung hinausgehe, sei der Antrag zur Beratung und Priorisierung an den Arbeitskreis Tiefbau/Verkehr/Planung zu verweisen.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkungen ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Beleuchtungssituation im Kreuzungsbereich Milser Straße/Brockeiche in Altenhagen zu überprüfen und ggf. für eine Verbesserung zu sorgen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 6.5 *

-.-.-

Zu Punkt 6.6

Verlängerung der Förderphase zur Sanierung des Braker Bahnhofs (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Einzelvertreter von FDP und Die Linke vom 04.02.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9517/2020-2025

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Verlängerung der Förderphase zur Sanierung des Braker Bahnhofs](#)

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) begrüßt die geplante Sanierung des Braker Bahnhofs. Um diese auch zu ermöglichen, setze sich die Bezirksvertretung für die Verlängerung der Förderphase ein.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) betont ebenfalls die Bedeutung der Sanierung des Bahnhofs für die Reisenden in Brake. Die Verlängerung der Förderphase sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass die Förderphase zur Sanierung des Braker Bahnhofs verlängert wird.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 6.6 *

-.-.-

Zu Punkt 6.7

Schnellbuslinie S15 - Haltestelle an der Engerschen Straße **(Antrag der SPD-Fraktion vom 04.02.2025)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9518/2020-2025

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Schnellbuslinie S15 - Haltestelle an der Engerschen Straße](#)

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf den Beschlussvorschlag und regt folgende Änderung an:

Die Verwaltung wird gebeten, eine Haltestelle der Schnellbuslinie S 15 im Bereich Brake an der Engerschen Straße in Abstimmung mit moBiel und dem VVOWL zu planen und bis 2027 umzusetzen.

Sie erklärt, es sei der Bezirksvertretung bereits zugesagt worden, dass die Einrichtung einer Haltestelle durchaus möglich sei. Die Umsetzung müsse bis zum 01.01.2028 abgeschlossen sein. Um zu verhindern, dass die Haltestelle für weitere Jahre geschoben werde, sei der Antrag gestellt worden.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) verweist auf den in der Sitzung am 21.11.2024 gefassten Beschluss zu diesem Thema, *wonach die Verwaltung beauftragt wurde, spätestens mit Beginn des (neuen) Förderzeitraums ab 01.01.2028, eine Haltestelle für die Schnellbuslinie S 15 auf der Engerschen Straße in Höhe des Einmündungsbereiches der Straße Blackenfeld einzurichten.*

Es besteht Einvernehmen, mit diesem Antrag die Intention des vg. Beschlusses noch einmal zu bekräftigen.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, eine Haltestelle der Schnellbuslinie S15 im Bereich Brake an der Engerschen Straße *schnellstmöglich* in Abstimmung mit moBiel und dem VVOWL zu planen und im laufenden Förderzeitraum bis 2027, *spätestens jedoch mit Beginn des neuen Förderzeitraumes ab 01.01.2028*, umzusetzen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 6.7 *

-.-.-

Zu Punkt 6.8

Regelmäßige Kontrollen des Ordnungsamtes in der Straße Rüggesiek (gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Einzelvertreter von FDP und Die Linke vom 04.02.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9521/2020-2025

Anmerkung:

Der Text des Antrages kann hier eingesehen werden:

[SessionNet | Regelmäßige Kontrollen des Ordnungsamtes in der Straße Rüggesiek](#)

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Bürgerinformationsveranstaltung am 30.01.2025 in der Grundschule Am Homersen zur Verkehrssicherheit in der Straße Rüggesiek. Dort sei eindringlich die Bitte an die Bezirksvertretung herangetragen worden, sich für regelmäßige Kontrollen des ruhenden Verkehrs durch das Ordnungsamt einzusetzen. Er führt aus, dass dies eine Maßnahme zur Verbesserung der Situation vor Ort darstelle, die kurzfristig greifen könne. Weitere (bauliche) Maßnahmen würden folgen.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) spricht sich ebenfalls für regelmäßige Kontrollen vor Ort aus. Er bedaure aber, dass nur dann, wenn der Verkehr seitens des Ordnungsamtes überwacht werde, Einsicht bei den Eltern erkennbar sei.

Frau stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Grünwald fragt nach, ob sich die Kontrollen lediglich auf den Bereich vor der Grundschule oder auch auf die Flächen vor den beiden Kindertageseinrichtungen beziehen und spricht sich für eine Kontrolle auch vor den Kindertageseinrichtungen aus.

Herr Solmaz gibt zu bedenken, dass die Bezirksvertretung die Verwaltung beauftragt habe, das Halteverbot an der Kreuzung Am Flößergraben/Rüggesiek zeitlich zu begrenzen, so dass der Bring- und Abholdienst vor der Kita entschärft werde (s. BV Heepen, 06.06.2024, TOP 6.3, Ds. 8129/2020-2025). Solange dieses nicht angeordnet sei, müssten aus rechtlicher Sicht Verstöße dort geahndet werden. Dies könne aber nicht im Interesse der Bezirksvertretung sein.

Herr Bittner erklärt, sofern das Ordnungsamt in der Straße den ruhenden Verkehr kontrolliere, werde auch der Bereich um die beiden Kindertageseinrichtungen mitbetrachtet, unabhängig von dem vg. Beschluss.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Das Ordnungsamt wird gebeten, Kontrollen im Rüggesiek (Grundschule Am Homersen) in regelmäßigen Abständen durchzuführen und die Bezirksvertretung darüber zu informieren.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 6.8 *

Zu Punkt 7

Sachstand zur städtebaulichen Entwicklung „Buschbachtal“ in Milse

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9306/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvorlage des Bauamtes.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis90/Die Grünen) nimmt Bezug auf den Antrag der Bezirksvertretung vom 09.01.2025 (s. TOP 6.1, Ds. 9284/2020-2025), die Planung für den Neubau der Grundschule Milse von den Plänen des Baugebietes im Buschbachtal abzukoppeln. Das als mögliche Erweiterungsfläche für die Schule in Betracht kommende Grundstück liege im Untersuchungsbereich. Sie betont noch einmal, wie dringend eine räumliche Erweiterung der Schule sei und bittet darum, schnellstmöglich mit dem Eigentümer dieser möglichen Erweiterungsfläche Kontakt aufzunehmen.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, die Bezirksvertretung gebe sich mit diesem Zwischenstand zur städtebaulichen Entwicklung des Gebietes nicht zufrieden. Es sollten daher weiter regelmäßig Gespräche mit den Eigentümern der Flächen gesucht werden, mit dem Ziel, dort eine Entwicklung zu ermöglichen. Es handele sich um ein Gebiet, welches entwickelt werden müsse.

Bezüglich der Erweiterung der Grundschule Milse müsse unverzüglich eine Planung vorgelegt werden.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Beschluss der Bezirksvertretung vom 21.01.2016 (s. TOP 5.2, Ds. 2697/2014-2020), in dem die Verwaltung gebeten worden sei, ein Rahmenkonzept für eine Wohnbauentwicklung in Milse vorzulegen. Er bringt seine Erwartung zum Ausdruck, dass die Gespräche hinsichtlich des Eigentumserwerbs weitergeführt werden. Auch er betont noch einmal, wie wichtig der Bezirksvertretung eine zügige Vorstellung der Planung zur Erweiterung der GS Milse sei.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 7*

Zu Punkt 8

Bericht zur Beratung der Jahres- und Anlassunfallkommission 2024-II

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8523/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Informationsvorlage des Amtes für Verkehr.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) nimmt Bezug auf die Unfall-

häufungsstelle *Herforder Str./Heilbronner Str.* (s. Seite 15) und weist darauf hin, dass diese nicht unmittelbar an einem mit Lichtsignalanlage (LSA) geregelten Knotenpunkt gelegen sei. Eine LSA sei dort nicht vorhanden.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) erklärt, er gehe davon aus, dass die LSA an der Einmündung Herforder Str./Milser Str. gemeint sei, die entsprechende Auswirkungen auf den Bereich Herforder Str./Heilbronner Str. habe. Er verweist auf die in der Vorlage benannten Auffahrunfälle aufgrund rückstauenden und stockenden Verkehrs. Die Häufung von Abbiegeunfällen in diesem Einmündungsbereich sei durch den Umbau scheinbar behoben worden.

Lt. Beschluss der Unfallkommission solle die Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h begrenzt werden. Er fragt nach, in welchem Bereich dies genau geplant sei. Lt. Vorlage seien zwei Umsetzungsvarianten vorgesehen. Zum einen bestehe die Möglichkeit, die Höchstgeschwindigkeit durch Einzelbeschilderung anzuordnen, zum anderen könne die Ortstafel in Richtung Brake versetzt werden. Er spricht sich gegen die Versetzung der Ortseingangstafel aus.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist darüber hinaus auf in diesem Bereich gelegenen Bushaltestellen an der Herforder Straße, deren Lage die Bezirksvertretung als gefährlich erachte. Die alte Planung zur Herforder Straße sehe die Abbindung der Heidenheimer Str. vor. Dieser neuralgische Punkt werde auf diese Weise nicht gelöst.

Herr Bittner nimmt Bezug auf die Frage von Herrn Dr. Elsner und führt aus, dass es vorgesehen sei, die Ortstafel -von Brake aus kommend- auf Höhe des Parkplatzes Milser Krug zu versetzen. Die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 50 km/h solle etwas 50 bis 100 m hinter der Heilbronner Str. stadteinwärts enden. In diesem Bereich solle in beide Richtungen eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gelten. Das Amt für Verkehr habe noch keine Vorzugsvariante benannt. Die Umsetzung hänge derzeit noch an der Neuprogrammierung der LSA Milser Straße, für die ein neues Steuerungsgerät beschafft werden müsse.

Frau Klemme-Linnenbrügger gibt zu bedenken, dass aus ihrer Sicht die Auffahrunfälle nur dann entstehen, wenn es im Bereich der Abbiegespur auf der Herforder Straße einen Rückstau gebe. Dort werde die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h nicht erreicht. Dieses Tempo könne nur bei freier Strecke gefahren werden. Sonst werde dort Schritttempo gefahren. Eine Festsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h sei für sie daher nicht nachvollziehbar.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher ergänzt, dass bei einem Rückstau auf der Linksabbiegespur die LKWs auf der Herforder Straße nicht mehr passieren könnten. Dann werde gebremst und es entstehe ein Rückstau. Die gleichen Auswirkungen würden sich beim Halt des Busses ergeben.

Deshalb rege er an, den gesamten Bereich in einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung im Rahmen eines Tagesordnungspunktes ganzheitlich zu betrachten und bittet das Amt für Verkehr um Berichterstattung.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9

Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2025/2026

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9428/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Beschlussvorlage des Amtes für Jugend und Familie.

Herr Bittner führt eingangs aus, dass das Jugendamt in der Mai-Sitzung der Bezirksvertretung ausführlich zu der Planung der Kindertagesbetreuung im Stadtbezirk berichten werde und dabei auch auf die geplanten Baumaßnahmen eingehen werde.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) macht darauf aufmerksam, dass sich die Versorgungsquote im Stadtbezirk im Vergleich zum letzten Jahr noch einmal deutlich verschlechtert habe und Heepen aktuell -bezogen auf die Gesamtstadt- Schlusslicht sei. Es gebe zwar einige laufende Projekte, aber aufgrund der schlechten Gesamtversorgung im Stadtbezirk appelliere er an die Verwaltung, intensiv die Verbesserung der Situation im Stadtbezirk Heepen in den Blick zu nehmen.

Er fragt nach, wie viele Heeper Kinder keinen Platz in ihrer WunschKita bekommen hätten, wie viele Kinder auch keinen Platz in ihrem Ortsteil oder sogar im Stadtbezirk erhalten hätten. Die Tagespflege fange hier ggf. einige Bedarfe auf. Deshalb sei es von Interesse, wie sich der Anteil der Tagespflege im Vergleich zu den anderen Stadtbezirken entwickelt habe.

Aus seiner Sicht reichten -bedingt durch die grundlegend schlechte Versorgungsquote im Stadtbezirk- die Projekte in den Neubaugebieten nicht aus, um den Bedarf im Stadtbezirk insgesamt zu decken.

Frau Kreye (Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist ergänzend auf die sehr geringe Versorgungsquote für die über 3-Jährigen im Stadtteil Altenhagen mit lediglich 68,8 % hin. Hier bestehe ein erhebliches Platzdefizit und nach ihrem Kenntnisstand sei dort eine neue Kita nicht in Planung. Deshalb unterstütze sie die von Herrn Dr. Elsner erbetene Auswertung, die auch Aussagen zu den einzelnen Stadtteilen treffen solle.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD-Fraktion) verweist auf die Beratung der Planungsvorlage im Vorjahr und fragt nach, wie sich das Thema der Flexibilisierung in den Kitas seit der letzten Berichterstattung entwickelt habe. Die gleiche Frage stelle sich bei der Personalsituation in den Kitas.

Herr Bittner erklärt, dass die Platzvermittlung über das Portal LITTLE BIRD erfolge. Dies sei nicht so aufgebaut, dass dort beliebige Auswertungen möglich seien.

Zu der Frage, wie viele Heeper Kinder nicht ihre WunschKita bekommen konnten, weise das Jugendamt darauf hin, dass es gesamtstädtisch gesehen Kitas gebe, in denen die Nachfrage höher sei als das Platzangebot. Hier könnten daher nicht alle Wünsche der Platzaufnahme erfüllt

werden. Die Kitas hätten Aufnahmekriterien, um zu steuern, wer aufgenommen werden könne.

LITTLE BIRD sehe die Möglichkeit vor, fünf Wünsche zu äußern. Immer da, wo nicht die erste Priorität erfüllt werden könne, sei es Ziel aller Beteiligten die 2. Priorität oder, wenn das nicht gelinge, eine der folgenden Prioritäten zu erfüllen. Eine Auswertung in LITTLE BIRD sei nicht möglich, weil die Eltern ihre Prioritäten im Zeitverlauf verändern könnten. Das könnten die Eltern noch vor Beginn der Platzvergabe und auch während der laufenden Platzvergabe machen. Dieses dynamische Vorgehen sei gut für die Eltern, eine statistische Auswertung dieser Verläufe sehe LITTLE BIRD aber nicht vor.

Dies gelte letztendlich auch für eine Auswertung der Wunschbetreuungs-umfänge. Die Praxis zeige lt. Auskunft des Jugendamtes, dass Eltern, die fünf Prioritäten angeben, hier nicht immer den identischen Betreuungsumfang benötigen bzw. wünschen, z.B. aufgrund der Entfernung der Kita zum Arbeitsplatz.

Das Jugendamt werde gleichwohl dazu im Rahmen der Berichterstattung in der Mai-Sitzung noch einmal darauf eingehen.

Herr Dr. Elsner erklärt, auch wenn eine maschinelle Auswertung nicht möglich sei, erwarte er in der Mai-Sitzung der Bezirksvertretung jedoch mindestens die Vorlage einer Statistik über die abgelehnten Plätze im Stadtbezirk insgesamt sowie in den einzelnen Stadtteilen.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet darum, die Fragen zu dem Themenkomplex „Kindertagesbetreuung“ zu sammeln und frühzeitig an das Bezirksamt zu übermitteln, damit diese in der Mai-Sitzung durch das Jugendamt beantwortet werden könnten.

Es ergeht folgender

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung Heepen stellt den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2025/2026 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2, die Bestandteil des Beschlusses sind, fest und beauftragt die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2025 an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt zu melden:**

Gruppenform		Platzzahl* Tages- einrich- tungen	davon unter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl** Kindertages- pflege
I = Kinder im Alter von zwei Jah- ren bis zur Einschu- lung	Ia (25 Std.)	62	1.233	3.707	
	Ib (35 Std.)	2.374			
	Ic (45 Std.)	2.504			

II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	19	19		
	IIb (35 Std.)	974	974		
	IIc (45 Std.)	985	985		
III = Kinder im Alter von drei Jah- ren und älter	IIIa (25 Std.)	216		216	
	IIIb (35 Std.)	3.056		3.056	
	IIIc (45 Std.)	3.218		3.218	
Summe		13.408	3.211	10.197	920 davon U3 = 920 davon Ü3 = 0

***Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (13.408 + 920 = 14.328) und der Gesamtzahl der Plätze (14.401) ergeben sich aus der Tatsache, dass 73 Plätze in heilpädagogischen Gruppen nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können.**

****Bei der Platzzahl im Bereich der Kindertagespflege handelt es sich um eine Planzahl. Es ist erforderlich, diese Planzahl beim Land anzumelden, da regelmäßig im Laufe eines Kindergartenjahres neue Kindertagespflegeplätze geschaffen werden und für diese dann direkt die Gelder zur Verfügung stehen.**

- 2. Plätze für Schulkinder in der Kindertagesbetreuung sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Schulkinder in Kindertagesbetreuung aufgenommen werden, sind diese nachzumelden.**
- 3. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 309 Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung (sog. Integrationsplätze) anzumelden. Hiervon entfallen zwei Plätze auf Kinder unter drei Jahren und 307 Plätze auf Kinder über drei Jahren bis zum Schuleintritt. Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden.**
- 4. Plätze in Kindertageseinrichtungen, die im Rahmen von Investitionsprogrammen für Kinder unter drei Jahren seit 2008 gefördert wurden, sind vorrangig mit Kindern zu belegen, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Verwaltung wird ermächtigt, für das Kindergartenjahr 2025/2026 im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung begründete Einzelfallregelungen gemäß § 55 Abs. 2 Satz 2 KiBiz zu den vorstehend genannten Plätzen zu treffen, wonach ein investiv geförderter Betreuungs-**

platz für ein Kind unter drei Jahren mit einem Kind im Alter ab drei Jahren belegt werden darf.

5. Plätze für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege aufgenommen werden, sind diese nachzumelden.
6. Als Bemessungsgrundlage für den Landeszuschuss zur Fachberatung von Kindertagespflege nach § 47 KiBiz sind 220 Kindertagespflegepersonen anzumelden. Sollten später mehr Kindertagespflegepersonen tätig sein, sind diese nachzumelden.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2027 die erforderlichen Mittel einzuplanen bzw. den Doppelhaushalt 2025/2026 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10

Sachstand Kommunale Wärmeplanung (mündlicher Bericht)

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt Herrn Peters (Umweltamt) sowie Herrn Mengedot (Stadtwerke Bielefeld GmbH) zur Berichterstattung.

Herr Peters stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Sachstand zur Kommunalen Wärmeplanung (KWP) vor.

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich für den Vortrag und bittet darum, der Bezirksvertretung die Präsentation zur Verfügung zu stellen.

Diese ist als Anlage der Niederschrift beigelegt ist und kann zudem hier eingesehen werden: [SessionNet | Bezirksvertretung Heepen - 13.02.2025 - 18:00-20:20 Uhr](#)

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) nimmt Bezug auf die Beratung der aktuellen Bauleitpläne in der Bezirksvertretung. Bei der Schaffung neuer Baugebiete stelle sich immer wieder die Frage, wie die Energieversorgung mit Blick auf eine Autarkie des Gebietes geregelt werden könne. Für ihn sei es daher enttäuschend, wenn der ganz überwiegende Teil des Stadtbezirkes für eine dezentrale Versorgung ausgewiesen werde, d.h. eine wirtschaftliche Erschließung durch Wärmenetze nicht gegeben scheint und die Wärmeerzeugung individuell im Einzelgebäude bzw. in kleinskaligen nachbarschaftlichen Versorgungslösungen erfolge solle. Er fragt nach, ob bei Neubaugebieten ggf. andere Maßstäbe zugrunde zu legen seien bzw. wie diese in die KWP eingebunden würden. Hinsichtlich des Fernwärmeausbaus weist er auf die langen Bauzeiten und die hohen Baukosten hin. Eine Umsetzung werde nicht schnell möglich sein. Zudem stelle sich die Frage der Anschlusspflicht an das Fernwärmenetz.

Herr Solmaz (Vorsitzender der SPD.-Fraktion) zeigt sich ebenfalls enttäuscht über die Planung angesichts des hohen Anteils an dezentraler Versorgung. Er fragt nach, warum im Stadtbezirk keine Fernwärme von der MVA genutzt werden könne und diese – über eine weite Strecke- in Richtung Innenstadt geleitet werde. Auch hinsichtlich der konkreten Umsetzung der KWP habe er Bedenken. Zwar werde über Förderungen nachgedacht, aber die Kosten für die Bürger*innen seien immens. Man könne nicht davon ausgehen, dass jeder Eigentümer die Umstellung selber finanzieren könne. Natürlich sei das Erreichen der Klimaziele wichtig, aber diese Fragen müssten zuerst geklärt werden.

Herr Peters räumt ein, dass eine Umstellung auf andere Wärmequellen mit hohen Kosten verbunden sei. Die KWP sei ein strategisches Planungsinstrument. Die Wärmeplanung gebe eine Orientierung, welche Technologien bei einem Heizungstausch in Betracht kämen. Sie könne keine passgenaue Lösung je Gebäude/Quartier liefern und ersetze keine individuelle Planung. Sie könne auch nicht garantieren, dass die Rahmenbedingungen (z.B. Förderungen) sichergestellt seien. Die Frist aus dem GEG (Gebäudeenergiegesetz) zum Einbau von Heizungen mit einem EE Anteil (Anteil erneuerbarer Energien) von 65 % ab dem 30.06.2026 bleibe unberührt.

Herr Mengedodt ergänzt, dass Neubaugebiete in der KWP weitestgehend außen vor seien, da es sich ganz überwiegend bei den Neubauten um Gebäude der Klasse A + / A mit einem derart geringen Wärmebedarf handele, dass die Verlegung eines Fernwärmenetzes (mit Kosten pro Meter Leitungslänge zwischen 3.000 € und 5.000 €) nicht wirtschaftlich sei. Deshalb gebe es für Neubaugebiete andere Möglichkeiten.

Hinsichtlich der Auswirkungen aufgrund des Ausbaus des Fernwärmenetzes führt Herr Mengedodt aus, dass Dauer und Umfang der Baustellen sicherlich zu Beeinträchtigungen führen werden, es aber das Ziel sei, die Baustellentätigkeit zu optimieren, indem die Anschlüsse für *jedes* Gebäude in dem Gebiet gelegt würden, auch wenn die Fernwärme nicht von Beginn an von allen Eigentümern genutzt werde, so dass für eine Dauer von 5- 10 Jahre keine Bautätigkeit in dem Gebiet mehr erforderlich sei.

Auf die Nachfrage von Herrn Solmaz, warum die Fernwärme der MVA nicht im Stadtgebiet Heepen genutzt werde, erläutert Herr Mengedodt, dass anhand der Wärmelinienindichte geprüft worden sei, ob eine Nutzung im Stadtbezirk wirtschaftlich dargestellt werden könne. Wenn die Wärmelinienindichte aufgrund der Bebauungsdichte jedoch nicht gegeben sei, stelle die Fernwärme eine unwirtschaftliche Lösung für den Eigentümer dar. Ziel der KWP sei in diesem Zusammenhang, die wirtschaftlichste Lösung für den Einzelnen im Blick zu haben.

Auf Nachfrage von Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) erklärt Herr Peters, dass die Wärmeplanung eine kommunale Aufgabe sei und unabhängig von den Stadtwerken erfolge. Dennoch sei die Planung auf Daten der Stadtwerke angewiesen.

Herr Dr. Elsner zeigt sich beunruhigt darüber, dass es bei der KWP nach seiner Einschätzung ganz überwiegend um eine Fernwärmeplanung gehe. Die Ideen, die die Bezirksvertretung im Rahmen der Beratung der aktuellen Bebauungspläne anstrebe, könne er in der Planung nicht erkennen. In den neuen Baugebieten werde um Lösungen gerungen, eine

kollektive Wärmeversorgung zu ermöglichen.

In der KWP könne er keine Gebiete erkennen, für die eine kollektive Quartierslösung vorgesehen werde. Gebiete auszuweisen, die ein gutes Kollektiv bei der Frage der Wärmeversorgung bilden würden, sei aus Sicht der Bezirksvertretung eine zentrale Frage. Er wirbt dafür, in den Außenbezirken viele kleine, dezentrale und möglichst auch kostengünstige Lösungen zu entwickeln.

Herr Mengedot weist darauf hin, dass die KWP „eine gewisse Flughöhe“ habe. Die Lösung für Gebäudenetze (bis 20 Objekte bzw. bis 100 WE) sei nicht Bestandteil der KWP. Vielmehr gehe es um die leitungsgebundenen, großen Lösungen. Bei derartigen Größenordnungen könnten Interessenten auf die verschiedenen Anbieter, u.a. auch auf die Stadtwerke, zukommen und sich beraten lassen.

Auf Nachfrage von Herrn Heißmann-Gladow (SPD-Fraktion), wann mit den Ergebnissen der Geothermie-Prüfung zu rechnen sei und ob diese Ergebnisse in die KWP einfließen würden, führt Herr Peters aus, dass im Geoportal des Landes NRW die Potentiale für die oberflächennahe Geothermie -auch bezirksbezogen- abgerufen werden könnten. Im Hinblick auf die Potentiale der Tiefengeothermie stünden die Ergebnisse der Messungen der Vibro-Trucks aus dem Herbst letzten Jahres noch aus. Generell habe Bielefeld jedoch gutes Potential für eine oberflächennahe Geothermie. Diese biete beispielsweise Möglichkeiten für Nachbarschaftslösungen (z.B. große Wärmepumpe für Erdwärme).

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher bedankt sich noch einmal für den (Zwischen-)Bericht und stellt abschließend fest, es sei zu begrüßen, dass sich die Stadt bzgl. der Wärmeplanung auf den Weg mache. Der Stadtbezirk habe die MVA vor der Tür und trage auch die Lasten der MVA, deshalb stelle sich -aufgrund der kurzen Wege- immer wieder die Frage nach Anschlussmöglichkeiten. Das Argument der Wirtschaftlichkeit sei aber nachvollziehbar.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 10*

-.:-

Zu Punkt 11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 11.1 Fahrradsituation am Hassebrock

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die im System hinterlegte Information des Amtes für Verkehr.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 11.1*

-.:-

Zu Punkt 11.2 Bepflanzung Neue Grafenheider Straße

Herr Bittner verweist auf die zu Beginn der Sitzung verteilte Information des Umweltbetriebes zu o.a. Thema, die bereits in der Sitzung des Arbeitskreises zur Erörterung des „Bebauungsplans Brake-West“ am 28.01.2025 avisiert worden war.

Es besteht Einvernehmen, die Verwaltung -unter Bezugnahme auf den unter TOP 6.3 beschlossenen Antrag- noch einmal ausdrücklich darum zu bitten, die Bepflanzung entlang der Neuen Grafenheider Straße zunächst zurückzustellen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 11.2*

-.-.-

Zu Punkt 11.3 Umsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen aufgrund von Lärm

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die im System hinterlegte Mitteilung des Amtes für Verkehr.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* BV Heepen – 13.02.2025 - öffentlich – TOP 11.3*

-.-.-

Herr Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Kerstin Nebel
Schriftführerin